

<p style="text-align: center;">Verkaufs- und Lieferbedingungen der Firma FARMERS Food Produktion und Handel GmbH</p>

§ 1 – Geltungsbereich

Es gelten ausschließlich die Liefer- und Zahlungsbedingungen des Verwenders, mit denen sich der Besteller bei Auftragserteilung einverstanden erklärt.

Dies gilt ebenso für künftige Geschäfte, auch wenn nicht ausdrücklich auf die Liefer- und Zahlungsbedingungen Bezug genommen worden ist, sie aber dem Besteller bei einem von dem Verwender bestätigten Auftrag zugegangen sind.

Wird der Auftrag abweichend von den Bedingungen des Verwenders erteilt, so gelten auch dann die Liefer- und Zahlungsbedingungen des Verwenders, selbst wenn dieser nicht widerspricht.

Abweichungen gelten also nur dann, wenn sie vom Verwender ausdrücklich schriftlich anerkannt worden sind.

§ 2 – Angebote und Vertragsschluss

(1) Die Angebote des Verwenders sind -auch bzgl. der Preisangaben- freibleibend und unverbindlich.

(2) Angebote und / oder Bestellungen des Bestellers werden erst durch die schriftl. Auftragsbestätigung des Verwenders oder durch seine Auslieferung der Waren verbindlich.

§ 3 – Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Die Preise des Verwenders gelten netto ab Werk zzgl. gesetzlicher MWSt.
Zusätzliche Kosten für Verpackung, Transport, Versicherung, Zoll etc. werden gesondert in Rechnung gestellt.

Vereinbaren Besteller und Verwender zur Begleichung der Forderung das Lastschriftverfahren, wird hiermit gegenüber dem Verwender seitens des Bestellers auf das Recht zum Widerruf der Lastschrift bei dem jeweiligen Kreditinstitut verzichtet.

(2) Die Rechnungserstellung erfolgt in der Regel mit Anlieferung der Ware. Der Verwender behält sich das Recht vor, seine Preise entsprechend zu erhöhen, wenn nach Abschluss des Vertrages Kostenerhöhungen, insbesondere auf Grund

von Tarifabschlüssen oder Materialpreissteigerungen, eintreten. Diese werden dann vom Verwender dem Besteller auf Verlangen nachgewiesen.

- (3) Der Besteller ist nicht berechtigt, die Forderungen gegenüber dem Verwender aufzurechnen, sofern die aufrechenbare Forderung nicht unbestritten oder rechtskräftig festgestellt worden ist.
- (4) Sämtliche Zahlungen sind mit schuldbefreiender Wirkung an CIT Commercial Services Europe GmbH, Lyoner Str. 20, 60528 Frankfurt / M., zu leisten, an die der Verwender aus seinen Ansprüchen aus seinen Geschäftsverbindungen abgetreten hat. Im Übrigen wird auf § 8 verwiesen.

§ 4 – Lieferung, Versand und Gefahrübergang

- (1) Für den Umfang der Lieferung sind die Angaben in der Auftragsbestätigung und -soweit keine Auftragsbestätigung vorliegt- die Angaben in den Angeboten des Verwenders maßgeblich .
- (2) Teillieferungen sind zulässig. Sollten Abrufflieferungen zwischen Verwender und Besteller vereinbart sein, so hat der Besteller innerhalb einer angemessenen Frist die Ware abzurufen.
- (3) Der Versand erfolgt unfrei. Das gilt auch für Rücksendungen. Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist der Verwender berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, zu Gunsten und für Rechnung des Bestellers eine Transportversicherung abzuschließen. Für die Einhaltung etwaiger Ausschlussfristen nach den Allgemeinen deutschen Speditionsbedingungen (ABSp) ist der Besteller verantwortlich.
- (4) Der Versand erfolgt auf Gefahr des Bestellers. Die Gefahr geht auf den Besteller über, sobald die Sendung an die den Transport ausführenden Personen übergeben worden ist und zwecks Versendung das Werk des Verwenders verlassen hat. Das gilt auch dann, wenn die Versendung nicht vom Erfüllungsort erfolgt, oder wenn der Verwender den Versand selbst durchführt.
- (5) Ist die Ware versandbereit und verzögert sich die Versendung aus Gründen, die der Besteller zu vertreten hat, so geht die Gefahr mit Zugang der Anzeige der Versandbereitschaft durch den Verwender auf den Besteller über.

- (6) Leihverpackungen, Paletten pp. sind vom Besteller unverzüglich zu entleeren und zurückzugeben. Für die nicht unverzüglich retournierten, im Eigentum des Verwenders stehenden Verpackungen erfolgt eine Berechnung zum Selbstkostenpreis. Sollten darüber hinaus weitere Kosten entstehen, so behält sich der Verwender die Aufgabe dieser entsprechend vor.

§ 5 – Lieferzeit; Verzug

- (1) Für den Zeitpunkt der Lieferung sind ausschließlich die schriftlichen Angaben in der Auftragsbestätigung oder im Angebot des Verwenders maßgebend.
Nebenabreden oder Änderungen bedürfen einer schriftlichen Bestätigung des Verwenders.
- (2) Der Beginn der vom Verwender angegebenen Lieferzeit setzt die Abklärung aller der Lieferung zu Grunde liegenden Fragen voraus. Eine von ihm angegebene Lieferzeit beginnt mit dem Ausstellungstag der entsprechenden Bestätigung, jedoch nicht vor der Beibringung der vom Besteller etwaig zu beschaffenden Unterlagen, Genehmigungen, Freigaben sowie vor Eingang einer evtl. vereinbarten Anzahlung. Die Lieferzeit ist eingehalten, wenn die Ware bis zum Ende der Lieferzeit das Werk oder das Lager verlassen hat und die Versandbereitschaft der Ware gemeldet ist.
- (3) Die Lieferfrist verlängert sich angemessen bei Maßnahmen im Rahmen von Arbeitskämpfen, insbesondere Streik und Aussperrungen sowie bei Eintritt unvorhergesehener Hindernisse, die außerhalb des Einwirkungsbereichs des Verwenders liegen, soweit solche Hindernisse nachweislich auf die Fertigung oder Ablieferung des Liefergegenstandes von erheblichem Einfluss sind. Entsprechendes gilt bei Lieferungen aus den jeweiligen Ursprungsländern.
- (4) Das gilt auch dann, wenn solche Umstände bei Unterlieferanten eintreten. Die in vorgen. Ziffer bezeichneten Umstände sind auch dann von dem Verwender nicht zu vertreten, wenn sie während eines bereits vorliegenden Verzuges entstehen. Beginn und Ende derartiger Hindernisse wird der Verwender in wichtigen Fällen dem Besteller baldmöglichst mitteilen.
- (5) Ist der Verwender mit seiner Lieferung im Verzug, hat der Besteller auf das Verlangen des Verwenders innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt und / oder Schadenersatz statt der Leistung verlangt oder auf die Lieferung besteht.

§ 6 – Sachmängel / Rechtsmängel

- (1) Unvollständige Lieferungen bzw. offensichtliche Mängel sind unverzüglich schriftlich dem Verwender nach Eingang anzuzeigen. Insofern bezieht sich die Anzeigepflicht auf den Mangel als solchen, die Beschaffenheit sowie die Qualität.
- (2) Sachmängelansprüche verjähren in 12 Monaten. Vorstehende Bestimmung gilt dann nicht, sobald das Gesetz gem. §§ 438 Abs. 1 Nr. 2, 479 Abs. 1 sowie 634 a BGB längere Verjährungsfristen vorschreibt.

Die Verjährungsfrist beginnt für Sachmängel mit Gefahrübergang.

Bei Vorliegen eines Sachmangels steht es dem Verwender frei, nach seiner Wahl im Wege der Nacherfüllung den Mangel zu beseitigen oder eine mangelfreie Sache zu liefern, wobei seitens des Bestellers eine angemessene Frist hinsichtlich der Nacherfüllung zu setzen ist.

Der Besteller hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die beanstandete Ware zur Untersuchung und Durchführung der Nacherfüllung dem Verwender zur Verfügung steht.

Durch die Nacherfüllung beginnt die Verjährungsfrist nicht erneut.

Schlägt die Nacherfüllung fehl, ist der Besteller berechtigt, die Vergütung zu mindern oder vom Vertrag zurückzutreten - unbeschadet etwaiger Schadenersatzansprüche - .

- (3) Sachmängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit oder bei einer unerheblichen Beeinträchtigung der Brauchbarkeit.

- (4) Sachmängel sind **nicht**

- Beschaffenheiten der Ware oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge unsachgemäßer Behandlung, Lagerung oder Aufstellung, Nichtbeachtung von Behandlungsvorschriften, mangelnder Kontrolle oder Pflege entstehen;
- Beschaffenheiten der Ware oder Schäden, die auf Grund höherer Gewalt, insbesondere äußerer Einflüsse, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, oder auf Grund des Gebrauchs der Ware außerhalb der nach dem Vertrag vorausgesetzten oder gewöhnlichen Verwendung entstehen.

- (5) Sachmängelansprüche bestehen nicht, wenn die Ware von fremder Seite oder durch Ergänzung von Zutaten pp. verändert wird, es sei denn, dass der Mangel nicht im ursächlichen Zusammenhang mit der Veränderung oder Verwendung steht.
- (6) Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Verwender bestehen nur insoweit, als dass der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzl. Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen (Kulanzregelungen pp.) getroffen hat.
- (7) Für Rechtsmängel, die nicht in der Verletzung von Schutzrechten Dritter begründet sind, gelten die zuvor unter dem vorgen. § genannten Bestimmungen entsprechend.

§ 7 - Schadenersatzansprüche

Soweit in diesen Geschäftsbedingungen nicht etwas anderes bestimmt ist, haftet der Verwender auf Schadenersatz oder Ersatz der vergeblichen Aufwendungen i.S. des § 284 BGB wegen Verletzung vertraglicher oder außervertraglicher Pflichten nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit seines gesetzl. Vertreters oder Erfüllungsgehilfen, bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wegen der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos, der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, auf Grund zwingender Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz oder sonstiger zwingender Haftung.

Der Schadenersatz gem. § 284 BGB für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der gesetzl. Vertreter oder Erfüllungsgehilfen des Verwenders vorliegt oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos gehaftet wird.

Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

§ 8 – Eigentumsvorbehalt

- (1) Bis zur Erfüllung aller Forderungen, die dem Verwender aus diesem Vertrag gegen den Besteller, im kaufmännischen Verkehr aus jedem Rechtsgrund gegen

den Besteller jetzt oder künftig zustehen, behält sich der Verwender das Eigentum an den gelieferten Waren vor.

Sofern nicht nachstehend abweichend geregelt, ist dem Besteller eine Weiterveräußerung der Ware vor vollständiger Zahlung des Kaufpreises nicht gestattet.

Gehört es zu dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Bestellers, die Ware des Verwenders an Dritte weiterzuveräußern, so ist der Besteller berechtigt, die Ware des Verwenders im ordentlichen Geschäftsverkehr weiterzuverkaufen.

Im Falle der erlaubten oder auch unerlaubten Veräußerung der Ware tritt der Besteller dem Verwender bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Fakturenbetrages incl. MWSt. bzw. entsprechende Surrogate ab, die ihm aus der Veräußerung der Ware gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob der jeweilige Gegenstand ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft worden ist.

Der Verwender ist ferner berechtigt, die aus der Abtretung erwachsenen Ansprüche selbst abzutreten.

- (2) Zur Einziehung dieser Forderung ist der Besteller nach deren Abtretung ermächtigt.

Die Befugnis des Verwenders, die Forderung selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt; jedoch verpflichtet sich der Verwender, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Besteller die Ware berechtigt weiterveräußert und seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Verwender ordnungsgemäß nachkommt, insbesondere nicht im Zahlungsverzug ist.

- (3) Bei Zugriff Dritter auf die Vorbehaltsware wird der Besteller auf das Eigentum des Verwenders hinweisen und diesen unverzüglich schriftlich benachrichtigen und ihm alle zu einer Intervention notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen.

Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Verwender die gerichtlichen oder außergerichtlichen Kosten einer Klage gem. § 778 ZPO zu erstatten, haftet der Besteller für den dem Verwender entstandenen Ausfall.

- (4) Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Verwender berechtigt, die Vorbehaltsware auf Kosten des Bestellers zurückzunehmen.

Zu anderen Verfügungen über die im Vorbehalts- oder Miteigentum des Verwenders stehenden Gegenstände oder über die an ihn abgetretene Forderung ist der Besteller nicht berechtigt. Pfändungen oder sonstige Rechtsbeeinträchtigungen der dem Verwender ganz oder teilweise gehörenden Waren oder Forderungen hat der Besteller ihm unverzüglich mitzuteilen. Der Besteller trägt alle Kosten, die zur Aufhebung zu Gunsten Dritter auf Vorbehalts- oder Sicherungseigentum des Verwenders und zu einer Wiederbeschaffung der Waren aufgewendet werden müssen, soweit sie nicht von Dritten eingezogen werden können.

- (5) Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens berechtigt den Verwender, vom Vertrag zurückzutreten und die sofortige Rückgabe der Waren zu verlangen.
- (6) Der Besteller ist bis zum endgültigen Eigentumsübergang verpflichtet, die Ware auf eigene Kosten gegen Diebstahl, Bruch-, Feuer- und Wasserschäden ausreichend zu versichern. Eine entsprechende Versicherung hat er auf Verlangen des Verwenders nachzuweisen.
- Eine etwaige Be- oder Verarbeitung oder Umbildung der Vorbehaltsware wird für den Verwender vorgenommen.
- Bei Verarbeitung, Verbindung, Vermischung oder Vermengung der Vorbehaltsware mit anderen, nicht dem Verwender gehörenden Waren steht ihm der dabei entstehende Miteigentumsanteil an der neuen Sache im Verhältnis des Fakturenwertes der Vorbehaltsware zu der übrigen verarbeiteten Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung, Verbindung, Vermischung oder Vermengung zu.

Erwirbt der Besteller das Alleineigentum an der neuen Sache, so gilt als vereinbart, dass der Besteller dem Verwender anteilmäßig Miteigentum überträgt. Dieses gilt unentgeltlich für den Verwender verwahrt.

Die oben vereinbarte Vorausabtretung gilt in den vorgen. Fällen nur in Höhe des Fakturenwertes der Vorbehaltsware, die zusammen mit anderen Waren weiterveräußert wird.

Der Verwender verpflichtet sich, die ihm nach den vorstehenden Bestimmungen zustehenden Sicherheiten nach Wahl auf Verlangen des Bestellers insoweit freizugeben, als der Wert dieser Sicherheiten nur die zu sichernde Forderung mehr als 10 % übersteigt.

§ 9 – Rücktritt

Bei Rücktritt sind die Parteien verpflichtet, die voneinander empfangene Leistung zurückzugewähren. Für die Überlassung des Gebrauchs oder die Benutzung ist deren Wert zu vergüten, wobei auf die inzwischen eingetretene Wertminderung des Verkaufswarengegenstandes Rücksicht zu nehmen ist.

§ 10 – Erfüllungsort; Gerichtsstand

Erfüllungsort für alle Leistungen und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus Rechtsbeziehungen zwischen dem Verwender und dem Besteller ist 48249 Dülmen.

§ 11 – Anwendbares Recht

Auf alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Verwender und dem Besteller findet ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des Kollisionsrechtes und Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenverkauf Anwendung.

§ 12 – Schlussbestimmungen

- (1) Soweit diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen keine abweichenden Vorschriften enthalten, gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen oder getroffenen weiteren Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der Bedingungen im übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleich kommende Regelung zu ersetzen.
- (3) Der Besteller ist damit einverstanden, dass seine dem Verwender im Rahmen der Geschäftsbeziehungen zugehenden Daten in der EDV-Anlage des Verwenders gespeichert und automatisch verarbeitet werden.